

Michael Thomas

## Der erfolgreiche Einstieg in die Energiewende und den sozialökologischen Umbau als Voraussetzung einer „Großen Transformation“

### 1.

Die gesellschaftliche – politische, wissenschaftliche wie zum großen Teil öffentliche – Debatte wird weitgehend von Schlagworten wie *Energiewende* oder/und *Transformation* bestimmt. Dies geschieht mit unterschiedlichem Gewicht und in verschiedenen Zirkeln. Dennoch ist ein solcher „Jargon der Selbstverständlichkeit“ nicht nur einigermaßen verblüffend, er ist zudem beunruhigend, denn die diskursive Ausbreitung dieser beiden Schlagworte steht in dramatischem Kontrast sowohl zu begrifflicher Klarheit wie zu praktischer Durchsetzbarkeit. Energiewende – und mehr noch Transformation – gleichen eher Passepartout-Begriffen einer modischen Erregung, denn reflektierter Einsicht in zu bewältigende Herausforderungen. Rhetorische Meisterleistungen leisten häufig einer Problemverdrängung Vorschub.

Ohne nun selbst zunächst weitere Klärungen zu versuchen, will ich zur zentralen These dieses Beitrages überleiten: Keine (erfolgreiche) Energiewende ohne Transformation, keine (erfolgreiche) Transformation ohne Energiewende. Eine Energiewende ohne Transformation bleibt notwendig *blind*, eine Transformation ohne Energiewende *leer*. Das Eine, so also die philosophische Veranschaulichung, ist ohne das Andere nicht bzw. nur mit erheblichen Einbußen zu haben.

Eine Klärung ist das nicht, die soll implizit mit der Darstellung von Prozessen und Zusammenhängen erfolgen. Zugleich liegt ein Paradoxon in dieser einmaligen Handlungskonstellation: (Auf-)Klärung ist vor allem mit praktischen Schritten verbunden, weniger mit philosophischer, wissenschaftlicher Expertise oder gar politischen Entscheidungen. Es lässt sich ebenso nicht zurückgreifen auf bekannte Akteure oder auf praktizierte institutionelle Routinen. Einen angestrebten Gesellschaftsvertrag mit dieser inhaltlich komplexen Zielsetzung wird man so nicht bekommen; der „große Wurf“ oder gemeinsamer, globaler Anfang können eher zu einem Aussitzen werden. Ohne damit wesentliche Ebenen (etwa global, europäisch, nationalstaatlich) oder Instanzen und maßgebende Großakteure zu ignorieren: Erklärung und Beweislast liegen *in der Praxis* dezentraler, lokaler oder regionaler Gestaltung der Energiewende, die zugleich ein Schritt gesellschaftlicher Transformation ist. Nur so lassen sich praktisch erforderliche „generative Mechanismen“ für den gesellschaftlichen Umbau finden, nur so lassen sich Begriffe aufklären. Zu verweisen ist auf gute Gründe wie reale Ansätze oder Praktiken.

### 2.

Oberflächlich scheint die Konstellation zu dramatisch gezeichnet, denn Erfordernis bzw. Notwendigkeit einer Energiewende im umfassenden Sinn von Energieeinsparung, Energieeffizienz und

Übergang zu Erneuerbaren Energien, gelten weitgehend als unstrittig. Der fortschreitende Klimawandel zeigt deutlich die absoluten und irreversiblen Grenzen eines bisherigen Entwicklungs- oder Fortschrittsmodells auf. Wir wissen, dass eine einfache Fortführung bisheriger Energieversorgung zum globalen Gau führen müsste, aber diese Fortführung *allein* nicht einmal ausreichen würde, um die Bedarfe der industriellen Staaten und die Versorgungsansprüche einer wachsenden Weltbevölkerung zu befriedigen. Der Ausbau von Kohlekraftwerken wird so in den alten und neuen globalen Zentren fortgesetzt. Insofern scheint die Katastrophe unvermeidlich; einige Länder haben ersichtlich kapituliert und wollen sich nur etwas mehr Zeit sichern, indem sie Zäune errichten gegen Hungerströme und die Polizei trainieren für die Überlebenskämpfe in den Metropolen der Welt. „Der härteste und wichtigste Kampf des 21. Jahrhunderts“, so Franz Alt, „wird ohne Waffen geführt. Die Werkzeuge heißen: Energieeffizienz, Energie sparen und erneuerbare Energien.“

Teilt man diese Einschätzung, so lassen sich die tragischen Ereignisse um Fukushima durchaus als *Gelegenheitsfenster* bezeichnen, in dem die politischen Akteure vor allem in Deutschland berechtigt die Energiewende *unmittelbar* auf die Agenda gesetzt haben. Denn bis dahin war vor lauter Deklarationen von einer tatsächlichen Energiewende nicht viel zu sehen: Aussitzen, Nicht-Lösen als effektive Art der Problemlösung. Jetzt wurde der rasche Atomausstieg gleichsam zum Synonym für diese Wende – handeln, sofort!

Um diesen Aktivismus oder Aktionismus soll es hier nicht gehen. Er greift aber nur einen Bruchteil von dem auf, was etwa Ypsilanti/Scheer (2010) als „Handlungsnotstand“ bezeichnen. Dieser resultiert aus einer Komplexität bzw. Verwobenheit von unterschiedlichen Krisenprozessen – Klimakrise, Ressourcenkrise, Finanzkrise. „Es sind Systemkrisen eines unökologisch ausgerichteten Industrialismus, relativ unabhängig von den jeweiligen Wirtschaftsordnungen, sowie eines entfesselten Beschleunigungskapitalismus, der alle natürlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Grenzen – ohne die eine humane Zivilisation nicht denkbar ist – zu sprengen begonnen hat.“

Einem solchen Handlungsnotstand ist nicht mit einem oder wenigen Schritten zu begegnen. Es geht, wie gesagt, um einen erforderlichen grundlegenden Paradigmenwechsel im gesellschaftlichen Entwicklungsmodell. „Die Gesellschaften müssen auf eine neue ‚Geschäftsgrundlage‘ gestellt werden. Es geht um einen neuen Gesellschaftsvertrag für eine klimaverträgliche und nachhaltige Wirtschaftsordnung.“ (WGBU 2011: 2) Es geht in diesem Sinn um *Transformation*.

Zur Disposition stehen insgesamt die Leitplanken eines Gesellschaftsmodells (wurzelnd im „fossilen Metabolismus“). Der Bruch mit dem bisherigen Wachstumsmodell geht weit über die Energiewende (und vor allem das markante Beispiel ‚Atomausstieg‘) hinaus, wie sich etwa an einer Auseinandersetzung mit dem fordistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell zeigen ließe (Bericht 2006). Die Art und Weise des gesellschaftlichen Zusammenhanges muss „umgepolt“ werden. Wir selbst (Leitbild 2020) sprechen diesbezüglich von der sozialökologischen, solidarischen Transformation, weil sich offensichtlich nur so ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell herausbilden kann.

### 3.

In vieler Hinsicht scheinen die globale und – gerade auch in Deutschland – die nationale Praxis der Energiewende nicht nur Erfordernissen einer Transformation, sondern auch denen einer Energiewende zuwider zu laufen. Damit ist nicht nur das ungezügelte Festhalten an dem, ja der Ausbau

von fossil-nuklearen Energien gemeint. Gemeint ist auch der massive Flächenverbrauch für Biomasse oder die Bodenzerstörung durch extensive Monokulturen. Gemeint sind zudem die erforderlichen Transportwege, die enormen Transportkosten und insbesondere die Energielasten solcher zentralistischer, großflächiger ‚Lösungen‘. Dass sich hiermit zugleich unsoziale, ungerechte und demokratiefeindliche Folgeprobleme verbinden, sei nur angemerkt. Vieles läuft auf eine neue, *grüne* Regulationsweise hinaus, bei der eine effiziente Energiewende sozial wie ökologisch destruktive Trends bisheriger „Techno-Logik“ fortschreibt. Für Deutschland sollen folgende Punkte beispielhaft herausgehoben werden.

Die politische Praxis der Energiewende privilegiert gerade die Energiekonzerne und die energieintensiven Industrien. Einmal werden mit den Änderungen am EEG ‚Großlösungen‘ und so die Geschäftsmodelle dieser Konzerne bevorteilt, obwohl hiermit erhebliche Folgekosten (vor allem Trassen) und Energielasten (Transportwege) gegeben sind. Zudem werden Energiegroßverbraucher *entlastet* und Kleinkunden – von KMU, Handwerksbetrieben bis zu Haushalten – zusätzlich *belastet* (2011 mit etwa 14 % der ‚Entlastungen‘; 2012 wird dies etwa ein Drittel sein). Eine derartige Subventionierung (2011 über 8 Mrd. €) setzt die falschen oder keine Anreize zur Dekarbonisierung; durch sie entgehen dem Staat zudem erhebliche Steuereinnahmen. Diese fehlen dann nicht nur in der Rentenkasse, sie beschneiden erforderliche finanzielle Unterstützungen für regenerative Energien – Subvention als Innovationsbremse (vgl. Rieseling/Wörten 2012).

Es geht nicht nur um monetäre Belastungen oder Barrieren. Diese Art der Energiewende schränkt insgesamt die *Transformationsfähigkeit* der Gesellschaft ein, also ihre Fähigkeit zu eigenständigem Wandel. Eine neuere Studie der Raumordnung (BBSR 2011) bescheinigt insbesondere Ostdeutschland gravierende und sich kumulativ verstärkende Nachhaltigkeitsdefizite; mit Blick darauf seien hier die Voraussetzungen für eine Ressourcenwende schlechter als in Westdeutschland. In der Tat lässt sich auf die Struktur der Arbeitsplätze, auf Einkommen und verfügbares Vermögen, auf Pendleranteile, Altersstrukturen etc. verweisen. Nimmt man generell als Grundvoraussetzungen von Transformationsfähigkeit (vgl. Brie 2011) so etwas wie hinreichende Freiheitsgrade (eine gesicherte Vielfalt von Optionen) oder größere soziale Gleichheit (mit Rechtssicherheit, dem Zugang zu den Bedingungen freien Lebens, soziale und kulturelle Grundrechte etc.), so ließe sich an verschiedenen Punkten zeigen, wie eine unsoziale Energiewende genau diese Transformationsfähigkeit beschneidet.

Die politische Umsetzung der Energiewende provoziert weit mehr Widerstände und Bedenken, als sachlich zu begründen sind.<sup>1</sup> Auf wachsende und anscheinend unvermeidliche Kosten wurde schon verwiesen. Aus Sicht der Konsumenten scheint die Energiewende vor allem mit Preiserhöhungen verbunden. Die Energiekonzerne können fortwährend Stromabschaltungen als Möglichkeiten an die Wand malen und auf Kommunen mit dem Entzug von Gewerbesteuern Druck ausüben. Vor allem Großlösungen, aber auch die geringen kommunalen und lokalen wirtschaftlichen Effekte – wie fehlende Mitwirkungsmöglichkeiten – führen dazu, dass insbesondere die Vorreiterregionen der Energiewende (so Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern) auch zu Vorreitern im Protest dagegen geworden sind (in Brandenburg ca. 30 windkraftkritische Initiativen, die z.T. in Kreistagen vertreten sind; vgl. Becker/Gailing/Naumann 2012). Insofern kommen zu den (finanz-)politischen und den technologischen nicht unerhebliche kulturelle Barrieren. Bür-

---

1 Es geht also nicht um die tatsächlich wichtigen Probleme, sondern um Voraussetzungen, mit denen diese immer nur als erratisch wahrgenommen und thematisiert werden können, statt sie als notwendig zu lösende Probleme aufzunehmen.

*gerbeteiligung* wird zu *Bürgerverweigerung*. Die Energiewende könnte zu einem Projekt werden, das sich den Lebenswelten der Bürger entzieht.

Fazit: Eine zentral betriebene Energiewende schreibt offensichtlich zum großen Teil Logiken fort, die sie in ihrer Umsetzung beschneiden. Es geht ersichtlich nicht nur um die *Art* der Energien, sondern um die *Struktur* der Energieversorgung. Neben die Bruchlinie „erneuerbar versus nicht erneuerbar“ steht die vielleicht noch wichtigere Bruchlinie „klein und dezentral“ versus „groß und zentral“. Nur so lassen sich Pfadabhängigkeiten, die von Technik bis zu Mentalitäten reichen, aufbrechen. Nur so ist der Einstieg in eine neue „Soziologik“ – ein grundlegender Wandel im System der Produktivkräfte – möglich, der Schritt von der „passiven“ zur „aktiven Energiegesellschaft“ (vgl. Luxemburg 1/2012: 26ff.)

#### 4.

Deutschland war über lange Zeit Vorreiter in der Energiewende, zum Teil besitzt es diese Position noch heute (vgl. Keppler/Nölting/Schröder 2011). Der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung ist auf 20 % gestiegen, die Reduzierung von Treibhausgasen liegt deutlich über 120 Mio. t. Die Beschäftigtenzahl in dem Sektor hat sich in einem Jahrzehnt mehr als verdoppelt (von 100.000 auf 240.000 in 2010). Die deutschen Exportanteile bei einzelnen Komponenten Erneuerbarer Energien (Photovoltaik, Solar und Wind) sind trotz deutlicher Verluste insbesondere gegenüber China noch beachtlich (2010: 15,9 %; 20,5 % und 16,1 %). Seriöse Expertisen belegen, dass schon vor 2050 100 % Erneuerbare Energien zu erreichen wären. Es ist also durchaus begründet, eine solche Stellung auch für Deutschland weiterhin zu reklamieren.

Erneuerbare Energien waren bisher gerade auch eine *ostdeutsche* Erfolgsgeschichte. Etwa 85.000 Arbeitsplätze gibt (gab) es in diesem Bereich, Anteile bei der Stromerzeugung sind überproportional, ebenso bei der Herstellung von Produkten und Technologien in diesem Bereich. Mecklenburg-Vorpommern hat den größten Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung unter allen Bundesländern, gefolgt von Thüringen und Sachsen-Anhalt. Brandenburg ist nicht nur führend bei der Installation von Windleistung; der Anteil Erneuerbarer Energien liegt auch hier über dem der Stromerzeugung aus Kohle.

Nicht zu übersehen waren bzw. sind in jüngster Zeit Schwierigkeiten und Irritationen, insbesondere hinsichtlich der Solarbranche. Mit den aufgeführten Prämissen politischer Steuerung werden sich Konflikte weiter zuspitzen, ‚wirkungsvoll‘ sind vor allem die permanenten Änderungen und die generellen Unsicherheiten bei den Rahmenbedingungen – vom Umgang mit dem EEG bis zur Netzproblematik. Insofern stellt sich auch mit diesen guten Ansatzpunkten die Frage nach einem alternativen Pfad, nach einem anderen Weg der Energiewende und einer *Verbindung von Energiewende und Transformation*: Welche Chancen gibt es für dezentrale, für lokale bzw. regionale Lösungen?<sup>2</sup>

Neuere Einschätzungen sprechen von etwa 40 % der Erzeugung Erneuerbarer Energien durch Haushalte; im Lokalen ‚verschwimmen‘ Grenzen zwischen Produzenten und Konsumenten – Prosumenten. In einem Land wie Brandenburg hat sich neben der Kohleindustrie eine neue, alternative räumliche Struktur der Energieerzeugung etabliert. Brandenburg setzt, wenn auch

---

2 Dabei geht es nicht darum, die dezentrale Energiewende zu verabsolutieren oder zu übersehen, dass es auch zentraler Voraussetzungen und Umsetzungen bedarf: Es geht um das hier gegebene transformatorische Potenzial, welches eben die besondere Akzentuierung bedingt.

widersprüchlich, auf starke kommunale Entwicklungen. Und in der Tat lässt sich auf kommunale Energiekonzepte (ca. 30 Orte), auf Energieregionen und auf eine beachtliche Zahl von Energieorten hinweisen; exemplarisch stehen für unterschiedliche Umsetzungen Prenzlau, Ludwigsfelde oder Feldheim. In diesem Bundesland kommt zudem vielfach den Stadtwerken eine große Rolle zu. Aus Mecklenburg-Vorpommern sind die sehr aktive Bewegung von Bioenergiedörfern, die bereits starke Akzente setzt (über 60 Dörfer), bekannt. Mögliche Rekommunalisierungen (auslaufende Konzessionen über die Leitungsnetze) bringen weitere Schübe. Nicht zu vergessen sind Genossenschaften, die einen sichtbaren (wenn gleich in Brandenburg weniger) Boom in diesem Bereich erfahren. Es gibt also, ohne in alle Details zu gehen, auch bezüglich einer solchen lokalen, dezentralen und ‚kleinen‘ Energiewende einen praktischen und wachsenden Fundus von Ansätzen. Die abschließend beispielhaften Einschätzungen gehen von diesen aus. Inwiefern kann man hier von Transformation und einem alternativen Energiesystem sprechen? Inwiefern lässt sich die These, dass von diesem ‚Wie?‘ der Energiewende ihr ‚Ob?‘ abhängt, begründen?

## 5.

Da die These damit unterfüttert wurde, dass eine relativ komplexe gesellschaftliche Transformation ebenso durch die Energiewende ermöglicht wird, wie sie diese zwingend macht, soll kurz und schematisch dieser Zusammenhang aufgezeigt werden. Jeder der – zudem nicht einmal vollständigen – Bemerkungen wäre einen eigenen Beitrag wert und ließe sich mit konkreten Beispielen untersetzen.

Lokale, kommunale Ansätze bieten die Chance, technologische Pfadabhängigkeiten und damit anscheinend alternativlos gesetzte organisatorische und strukturelle Lösungen zu durchbrechen. In solchen relativen Nischen können andere (wirtschaftliche wie auch zivilgesellschaftliche) Akteure Handlungsmacht gewinnen; gegenüber den Interessenskartellen der alten Energiekonzerne, können sie zudem technologische Lösungen erproben und umsetzungsreif machen. Objektiv – über den engeren Energiesektor hinaus – erfährt eine wirtschaftliche Struktur ihre Aufwertung, die trotz ihrer Ausbreitung nicht zu den privilegierten gehört, sondern erhebliche Zusatzlasten der Energiewende zu tragen hat, die häufig ökonomisch unterschätzt wird: Kleine und mittlere Unternehmen mit nachweislichem Innovationspotenzial, starken Nachhaltigkeitseffekten (u.a. erkennbarer sozialer Verantwortung). Auch das IWH betont zunehmend nicht nur kritisch die Grenzen eines „Nachbaus West“, sondern auch die besonderen Innovationspotenziale einer Verschränkung von lokalen Ressourcen, Wissensstandorten, Technologieinfrastruktur und politischer Initiative. Solar, Bioenergie, Biogasanlagen werden als Keimzellen möglicher eigenständiger Pfadentwicklung oder eben Transformation gesehen.

Mit dezentralen Lösungen ergeben sich trotz erforderlicher Investitionen mittelfristig vielfach Kostenreduzierungen sowohl unmittelbar für die lokalen Proumenten wie für das Gesamtsystem der Energieerzeugung. Effekte lassen sich mit einer relativen Überschaubarkeit und in Zeiträumen erzielen, die gleichsam zu politischer Umsetzung drängen, diesbezügliche Renditen versprechen (Kurzfrisdiktat). Dies müsste sich vor allem in lokalen Vorranglösungen niederschlagen, denn zunehmend werden zentrale und Großlösungen zu aktiven Quertreibern. Während dezentrale und kleine Lösungen (weitgehend) Vermaisungen etc. vermeiden können und eine Vielfalt regenerativer Energien einsetzen – Alt spricht von einer nachhaltigen Landnutzung, welche erstmals Ökonomie und Ökologie praktisch verbindet –, bringen Großlösungen die schon oben genannten Probleme. Für politisches Handeln wäre auch auf die unterschiedlichen Interessenskartelle zu verweisen.

Regionale Ansätze von Energieerzeugung und damit verbundenen Wertschöpfungsketten bringen viele Regionen (wieder) in einen Entwicklungszusammenhang, weil sie für sie adäquate Ressourcen erschließen, statt sie mit zweifelhaften Wachstumskonzepten oder/und demografischem Fatalismus abzuhängen. Regionen werden zu Lebensräumen mit gewährleisteter Daseinsvorsorge, zu einem wirkungsvollen Handlungszusammenhang unterschiedlicher Akteure. Der Terminus ‚Regionalisierung‘ mit seiner ambivalenten Geschichte lässt sich positiv besetzen, und für ‚Subsidiarität‘ ist durchaus eine emanzipatorische Lesart möglich.

Entgegen dem Trend kommunalpolitischer Entmachtung – Kommunalpolitik wird zur Schrumpfgroße schwindender Finanzen – kann lokale Energieerzeugung kommunalpolitische Handlungsspielräume deutlich erweitern. Diese Umkehrung – statt Abfluss von Finanzen ein Zugewinn – ist eine ganz wesentliche Komponente. Lokales Handwerk, lokale Unternehmen lassen sich in Größenordnungen einbinden, Arbeits- und z.T. Ausbildungsplätze generieren. Selbstverantwortlich möglich sind Investitionen in Infrastruktur und ‚Dorfentwicklung‘. Der Zugewinn kommunaler Handlungsfähigkeit ist zugleich einer an kommunaler Demokratie.

Rekommunalisierungen können Aushandlungsmöglichkeiten über öffentliche Güter wieder in die Hände der Bürger legen. Beteiligung an Energie, Wasser, Zusammenarbeit in Bürgerstiftungen, Genossenschaften, an Bürgerhaushalten o.ä. Rekomunalisierungen und die Vervielfältigung, Modifizierung von Eigentumsstrukturen schaffen reale Möglichkeiten tatsächlicher Beteiligung.

Praktizierte Teilhabe, die praktische Erfahrung der Energiewende sind wesentliche Ansatzpunkt für Lernprozesse und kulturellen Wandel. Nicht intellektuelle Eliten (Häretiker) oder bürgerliches Mäzenatentum – ohne dieses wie jenes auszuschließen – sind die wichtigen ‚Treiber‘, sondern die Veränderung lebensweltlicher Präferenzen durch die Erfahrungen praktischer Interaktionen. Es sind die erlebbaren und gestaltbaren Möglichkeiten eines anderen Lebens, welche Teilhabemuster zukunftsfähigen gesellschaftlichen Zusammenlebens erst auf die Agenda bringen.

Im Wirtschaftlichen, im Politischen, im Soziokulturellen lassen sich *Mechanismen einer gesellschaftlichen Transformation* identifizieren, für welche die dezentrale Gestaltung der Energiewende eine wichtige Voraussetzung darstellt.

## Literatur

- BBSR-Berichte (2011): Regionalentwicklung auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit. Aktuelle Ergebnisse des BBSR-Indikatorenkonzepts. BBSR-Berichte KOMPAKT, 4. Bonn
- Becker, S.; Gailing, L.; Naumann, M. (2012): Neue Energielandschaften – neue Akteurslandschaften. Eine Bestandsaufnahme im Land Brandenburg. Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS). Berlin
- Bericht (2006): Zur Lage in Ostdeutschland. Bericht des Netzwerkes und Innovationsverbundes Ostdeutschlandforschung. In: Berliner Debatte INITIAL, 17. Jg., (5), S. 3-96
- Brie, M. (2011): Die Fähigkeit zur Transformation – Fortschrittskriterium heutiger Gesellschaften. In: Thomas, M. 2011: Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Debatten und Deutungen. Münster et al., S. 61-84
- Keppler, D.; Nölting, B.; Schröder, C. (Hg.) (2011): Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs. Perspektiven für eine zukunftsfähige sozial-ökologische Energiewende. Frankfurt a.M.

Leitbild (2020): Thomas, M.; Reißig, R.; Koch, Th.: Das Projekt des sozialökologischen und solidarischen Umbaus. Fallbeispiele für den Einstieg. Im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Partei DIE LINKE in den Landtagen und im Deutschen Bundestag. 3. Bericht. Berlin

Luxemburg 1 (2012): Zeitschrift Luxemburg. Heft 1 / 2012: Energiekämpfe. RLS

Rieseling, S.; Wörten, Chr. (2012): Befreiungen der energieintensiven Industrie in Deutschland von Energieabgaben. Studie RLS. Berlin

WGBU (2011): Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung. Globale Umweltveränderung im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin

Ypsilanti, A.; Scheer, H. (2010): Grundsatzpapier Institut Solidarische Moderne. Frankfurt a. M.

[28.06.12]

Anschrift des Autors:

Dr. Michael Thomas

BISS e.V.

Pettenkoferstr. 16-18

D – 10247 Berlin

[thomas.micha@t-online.de](mailto:thomas.micha@t-online.de)